

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1925**

83 (19.2.1925) Morgenausgabe

Bezugspreis: drei Mark im Voraus...  
Anzeigenpreis: Die 11p. 1000...  
Anzahlproben: Bestenfalls-Nummer 10...  
Anzahlproben: Bestenfalls-Nummer 10...  
Anzahlproben: Bestenfalls-Nummer 10...

# Badische Presse

Neue Badische Presse

Handels-Zeitung

Badische Landeszeitung

Verbreiteste Zeitung Badens.

Karlsruhe, Donnerstag, den 19. Februar 1925.

Eigentum und Verlag von...  
Chefredakteur: Dr. Walter Schneider...  
Redaktionsrat: Dr. Walter Schneider...  
Redaktionsrat: Dr. Walter Schneider...  
Redaktionsrat: Dr. Walter Schneider...

## Dr. Marx vor dem Landtag.

### Ankündigung der Opposition.

m. Berlin, 18. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Der preussische Landtag hat am Mittwoch bei der Vorstellung des neuen Kabinetts einen sehr „großen Tag“ gehabt. Das Haus war außerordentlich stark besetzt, auch auf den Tribünen herrschte die Neugier, sich die neuen Minister einmal anzusehen, die denn auch unmittelbar nach Beginn der Sitzung feierlich ihren Einzug hielten. Justizminister Zehnhoff lag neben Herrn Marx, Herr Severing war um einen Stuhl heruntergerückt. Am rechten Flügel sahen wir die neuen Herren Becker, der immer abwechselnd Staatssekretär und Minister war, die beiden Demokraten Dr. Schreiber und Dr. Söple-Wischoff, sowie eine Neuerkennung, der Landwirtschaftsminister Steiger, eine Konzeption an den rechten Zentrumstribünen. Der Beginn der Sitzung ging in der allgemeinen Unruhe verloren, die anhält, bis Herr Marx sich erhebt und die Regierungserklärung verliest, die von den Kommunisten mit dauerndem Lärm und Zwischenrufen begleitet wird, leider auch da, wo der neue Ministerpräsident den Toten von Dortmund einen letzten Abschiedsgruß sendet.

Somit ist es eigentlich schwer, bei dem Programm irgendwie einzuhalten. Herr Marx ist ein geschickter Taktiker, er hat sich alle Mühe gegeben, der Opposition von rechts den Wind aus den Segeln zu nehmen, und ein Programm konstruiert, das eigentlich genau mit demselben Worten eine Regierung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ausgearbeitet haben könnte. Es liegt ein betörender Widerspruch darin, daß Herr Severing den Satz aufstellen konnte von der Schule, die den Geist des besten Christentums praktisch lebendig machen soll, und daß sogar die weltlichen Schulen eine neue christliche Grundlage durch das Reichsjudengezetz erhalten müßten. Gegen das Programm machten die Sozialdemokraten wenigstens der Form halber erhebliche Einwendungen und hielten sich offiziell die Hand gegenüber der Regierung frei. Herr Marx hat eine scharfe Attacke geritten gegen alle diejenigen, die die Bildung einer arbeitstüchtigen Regierung in Preußen unmöglich gemacht hätten. Er hat dabei vergessen hinzuzusetzen, daß eine arbeitstüchtige Regierung bei so zugespitzten Verhältnissen nur noch eine Wehregelregierung sein kann. So vorwärts sein Programm formuliert ist, hat es doch den Anschein, daß Herr Marx nicht erreichen wird, daß die Oppositionsparteien ihm das Vertrauen votieren. Vor allem steht sich Minister Severing einer geschlossenen Opposition gegenüber und hat wenig Hoffnung, daß er ein

Vertrauen erhalte. Im günstigsten Falle bringt die neue Konstellation es, wenn es sich die beiden Pole zuzählt, auf 224 gegen 226 Stimmen. Bekommt aber Severing das Vertrauen nicht, dann muß er zurücktreten und dann wird das übrige Kabinett sich mit ihm solidarisch erklären. Das Zentrum verweist darauf, daß es dann wieder Herrn Marx wählen könne und das gleiche Ziel so lange wiederhole, bis die Opposition müde geworden sei. Mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit ließen die Deutschnationalen in ihren ersten Entlassungen den Ruf nach Neuwohlen ertönen. Ihr Sprecher der Abg. Dr. Winkler, verlas folgende Erklärung seiner Fraktion: Meine politischen Freunde, mit denen über die Anstellung des Herrn Marx zum Ministerpräsidenten nicht verhandelt worden ist, haben ihm ihre Stimme versagt und sehen ihre Haltung gerechtfertigt durch die Art, wie er sein Kabinett gebildet hat. Sie haben ihm auf seine Anfrage beauftragt, daß sie grundsätzlich für eine Volksgemeinschaft eintreten, für eine Zusammenfassung aller auf christlichem, nationalem und sozialem Boden stehenden Volksträfte. Das Ministerium, das er im Gegensatz zu dieser Auffassung von dem Wesen einer Volksgemeinschaft zusammengestellt hat, sehen sie als eine Herausforderung der hinter ihnen liegenden, alle Volkstrassen umfassenden Wähler an. Schließlich es doch die in den Parteien zur Rechten lebendigen Volksträfte, denen Christentum, Vaterland und soziale Verteidigung das Erste sind, von der Mitarbeit aus. Dagegen fühlt sich auch dieses Ministerium wieder auf die Parteien des Klassenkampfes, die in der Zeit, wo sie die preussische Politik bestimmt hatten, sich als völlig unfähig erwiesen haben, den ersten Aufgaben unserer Zeit gerecht zu werden, und die in erster Linie verantwortlich ist für die immer mehr zu Tage tretende Kluft in unserem öffentlichen Leben. Wir sind zwar der Meinung, sagte der Redner, daß zunächst alle Möglichkeiten erschöpft werden müssen und ohne Neuwohlen zu einer staatsbürgerlichen Realisierung kommen sehen aber, wenn eine solche nicht in kürzester Frist eintritt, kommt, auch nur den Ausnahmefall eines Appells an die Wähler. Dem heute vorgestellten Ministerium werden wir das Vertrauen verweigern.

Namens der Deutschen Volkspartei erklärte Dr. von Campe, seine Fraktion könne der Regierung Marx kein Vertrauen entgegenbringen. Redner verliest darauf eine längere Erklärung in der es heißt, daß die neue Regierung in keiner Weise dem Gedanken der Volksgemeinschaft entspreche. — Schließlich hielten auch noch zwei Kommunisten die einzige Möglichkeit zu geordneten Mehrheitsverhältnissen zu kommen.

## Eine Alkohol-Debatte im Reichstag.

### Ablehnung des Schankflächengesetzes. — Die Todeserklärung Kriegsverschollener.

m. Berlin, 18. Febr. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Reichstag kann seine Sitzungsarbeiten nur in Unterbrechungen fortsetzen, weil immer wieder kleine Anfragen von den Ausschüssen zur Beratung eintreffen. So wurde am Mittwoch zunächst der Entwurf über die Todeserklärung als Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes der 1. März ds. Js. bestimmt. Dann folgte ein großer Kampf gegen den Antrag ein, der sich unter der Forderung eines sozialdemokratischen Antrages auf Vorlegung eines Entwurfs des Schankflächengesetzes bezog. Der Antrag hat schon den Ausschuss passiert und ist von diesem angenommen worden. Das Haus wollte sich damit nicht beruhigen. Der Präsident der deutschen Gastwirtschaftsvereine, Herr Strauß, von der Wirtschaftlichen Vereinigung hielt eine Brandrede gegen das ganze Gesetz, mit dem nur eine verflüchtete Kommunalisierung des Gastwirtschaftsgewerbes bezweckt sei. Auf diesem Wege werde man nie die Trunksucht bekämpfen. Es lag nahe, daß er dabei auch auf die eigenartigen Erfahrungen eingieng, die in den Vereinigten Staaten mit dem Alkoholverbot gemacht wurden. Der deutschnationale Dr. Strathmann verteilte einen deutschnationalen Antrag, der wenigstens die Jugend vor den Gefahren des Alkoholgenußes schützen soll, während der Deutschvolksparteier Krieses zwar die Bestrebungen gegen den Alkoholgenuß unterstützte, aber den sozialdemokratischen Antrag ablehnte, weil man ein wichtiges Gewerbe nicht einfach vernichten dürfe. Von der Wirtschaftlichen Vereinigung kam mit dem Hotelbesitzer Rolke aus Hannover noch ein zweiter Interessent zu Wort, der das Problem sehr humoristisch ansah und den versöhnlichen Einfluß eines mäßigen Alkoholgenußes empfahl, wobei ihm sofort zugeföhrt wurde, daß es doch zweckmäßig sei, auch im Reichstag Bier zu verabreichen. Bei dem Charakter der Deutschen ist es freilich nicht einmal ganz falsch, wenn der Sozialdemokrat Moises den Auspruch eines Sachverständigen zitierte, wir würden in Deutschland niemals eine Revolution gehabt haben, wenn damals hochprozentiges Bier zu haben gewesen wäre. Auch Herr Moises lehnte übrigens die Todeserklärung ab, er will nur die schädlichen Wirkungen des übertriebenen Alkoholgenußes auf den gesundheitlichen Wiederaufbau des Volkes verhindern, was wohl schließlich jeder will. Die Kommunisten endlich haben entdedt, daß die Alkoholinteressen jeden einzelnen Abgeordneten „an die Kandare genommen haben“, um eine Schädigung ihrer Interessen durch ein Gesetz zu verhindern. Der Demokrat Sparrer zeigte aber, wie hier die Gegensätze mitten durch die Fraktion hindurchgehen, da nach seiner Erklärung bei seiner eigenen Partei die Mehrheit ein Schankflächengesetz ablehnt. Daß die Kassen sich ihr Bier nicht nehmen lassen werden, weil es für sie ein Ernährungsmittel ist, dazu braucht es natürlich gar nicht der einschlägigen Erklärung des Herrn Schirmer. Schließlich wurde der Ausschussantrag mit 200 gegen 168 Stimmen abgelehnt. Der deutschnationale Antrag zum Schutze der Jugend dagegen angenommen. Den Rest der Sitzung füllte die Fortleitung der Beratung des Verlehrsstats aus.

## Beratung des Schlußberichts.

### Was nun?

F. H. Paris, 18. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Der Schlußbericht der Militärkontrollkommission wurde heute morgen von General Walsch dem französischen Außenminister in Uebergabe, eine Abschrift davon wurde jedem der alliierten Vertreter in der Bojtskajastraße unserer Zugsandt. Gleichzeitig erhielt auch Marshall Foch als Präsident des interalliierten Militärkomitees ein Exemplar.

Der Bericht ist an Herriot als Präsidenten der Bojtskaja-Konferenz gerichtet. Er besteht aus 44 mit Maschinen geschriebenen Seiten; 12 Anhänge sind beigelegt. Die Anhänge haben technischen Charakter, während der eigentliche Bericht allgemeinen Charakter hat. Er zählt die Verletzungen Deutschlands gegenüber den Abrüstungsbestimmungen auf, bezieht sich mit den Heeresbeständen der Polizei, den Kriegsmaterialverhältnissen, der deutschen Militärgeographie und vor allem mit dem „Geiste“, der in Deutschland herrscht.

Das Militärkomitee von Versailles begann bereits mit dem Studium des Berichts und man nimmt an, daß die Bojtskaja-Konferenz Samstag oder Montag mit dem Gutachten des Militärkomitees und dem Bericht der Kontrollkommission sich werde beschäftigen können. Es ist möglich, — heißt aber noch nicht fest — daß Herriot sich demnächst nach London begeben wird, um mit Baldwin und Chamberlain zu konferieren, hauptsächlich über folgende Fragen: Soll der Bericht veröffentlicht werden? Wie soll diese Veröffentlichung erfolgen? Soll der Bericht allein veröffentlicht werden oder auch der Anhang? Wie soll die neue Mitteilung der Alliierten an Deutschland abgefaßt sein, die der Reichsregierung am 26. Januar angekündigt wurde?

In dieser neuen Mitteilung soll Deutschland bekanntgegeben werden, was es noch zu tun habe, damit der Artikel 429 des Versailler Vertrags als durchgeföhrt gelten könne und damit dann die Klärung der Wiener Zone erfolge.

F. H. Paris, 18. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Die Bojtskaja-Konferenz tritt am Samstag um 11 Uhr vormittags zusammen, um zu beschließen, wann der Bericht der Militärkontrollkommission erstiert werden soll.

## Ermittlungsverfahren gegen Lange-Heeremann.

Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität.  
Berlin, 18. Febr. (Drahtbericht.) Wie die Telegraphen-Union von gut unterrichteter Seite erfährt wird sich noch heute die Staatsanwaltschaft offiziell an den Reichspräsidenten wenden und einen Beschluß des Parlamentes über die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Lange-Heeremann, der in der Sache von Paris, als auch in der Sache von Heeremann vernommen werden, verlangen, da nunmehr das Ermittlungsverfahren gegen Lange-Heeremann durchgeführt werden soll.

## Finanzdebatte in der Kammer.

F. H. Paris, 18. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Der Finanzminister Clementel teilte mit, daß 1925 die Finanzlage dadurch schwierig sei, daß große Anleihebeträge vom Staate eingeleistet werden müßten. Schon am 16. Februar seien für 350 Millionen Anleihen fällig geworden. Diese seien auch vollkommen eingelöst worden, was insbesondere dadurch erleichtert worden sei, daß an demselben Tage 315 Millionen neue Schuldverschreibungen der Nationalanleiheausgabe genehmigt wurden. Herriot erklärte, daß ein Land, welches arbeiten, nicht unruhig zu sein und nicht an seiner Zukunft zu verzweifeln brauche. Der Abgeordnete der Rechte, Georges Bonnet, forderte die Ausarbeitung eines Finanzplanes. Die Mehrheit habe Vertrauen zu der Regierung, daß es dieser gelingen werde, die Finanzen in demokratischem Sinne zur Gesundung zu bringen. — Die Aussprache wird morgen fortgesetzt werden, der Finanzminister Clementel wird eine große Rede halten.

## Mahnahmen zur Frankennähung.

F. H. Paris, 18. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Da die Budgetdebatte in der französischen Kammer sich ungewöhnlich lange hinzieht, beschließt die Regierung, ein neues Budget, zu welchem sie zu überreichen, welches für den Monat März gelten soll. Das Kabinett hofft, daß Ende März das Budget bewilligt sein könnte. Der Finanzminister überreichte heute fünf Gesetzesvor schläge. Der erste Gesetzesvortrag zur Bekämpfung der Steuererblichkeitslagen, einen Gesetzesvortrag zur Aufhebung des Couronnesbeschlusses, einen Gesetzesvortrag wegen räumlicher Einreihung der Steuern, einen Gesetzesvortrag, der Verbesserungen für die Uebertragung von auf Namen lautenden Aktien herbeiföhren soll, einen Gesetzesvortrag wegen Schaffung einer Kasse zum Rückruf von Renten und Anleihen und 5. einen Gesetzesvortrag, wodurch Zahlungen erfolgen können, ohne daß dafür Banknoten verwendet werden müssen (Ausdehnung des Scheckverkehrs).

## Der deutsch-rumänische Konflikt.

Verhörungen des rumänischen Gesandten in Paris.  
F. H. Paris, 18. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Der rumänische Gesandte in Paris, Diamandy, äußerte sich gegenüber einem Vertreter des „Temps“ über den deutsch-rumänischen Konflikt und behauptete, daß die von den Deutschen während der Besetzung Rumäniens ausgegebenen Banknoten die Mittelung enthielten, daß für diese Gelder Deckung in Deutschland vorhanden sei, woraus Diamandy den Schluß zieht, daß die Banknoten eingelöst werden müßten. Die rumänische Regierung habe aber die Banknoten zurückzukaufen müssen. Diese Tatsache und die Goldrückführung Rumäniens seien die Hauptursache für die Entwertung der rumänischen Baura. Auf der letzten interalliierten Finanzkonferenz in Paris habe Rumänien erklärt, daß es in dieser Frage sich seine Rechte vorbehalte, aber es seien redaktionelle Schwierigkeiten entstanden. Damit gibt also Diamandy zu, daß die Konferenzen der Finanzminister in Paris keinerlei Beschlüsse wegen Einlösung dieser Banknoten faßte, und damit ergibt sich auch noch, daß die rumänische Forderung hinfällig ist. Die laune Erklärung Diamandys schließt mit verdächtig und offenen Drohungen gegen Deutschland.

## Immer noch Ruhrkredite.

### Die Sozialdemokraten fordern einen Untersuchungsausschuss. — Ein zweites Denkschrift in Vorbereitung.

m. Berlin, 18. Febr. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Sozialdemokraten haben im Reichstag den Antrag eingebracht, einen Untersuchungsausschuss zur Nachprüfung der Beträge und zur Rückerstattung an das Reich (1) einzusetzen, die an die Ruhrindustrie gegangen sind. Sie geben also die Hoffnung nicht auf, aus diesem „Fall“ doch noch politisches Kapital zu schlagen. Soweit wir hören, soll die Regierung den Sozialdemokraten sehr weit entgegengekommen sein. Nach unserer Kenntnis ist die Denkschrift, die jetzt dem Reichstag zugegangen ist, erst ein Teil des Materials, das dem Reichstag vorgelegt werden soll. Im Reichsarbeitsministerium wird gegenwärtig eine zweite Denkschrift ausgearbeitet, worin Nebenhaft abgelehnt wird über die gesamten Gelder, die während des Ruhrkampfes abgeföhrt worden sind nicht allein an die Industrie, sondern an alle Zweige der Wirtschaft und auch an die Gewerkschaften.

## Der Ausbau von Wilhelmshaven.

### Die Vergrößerung der deutschen Flotte.

\* Berlin, 18. Februar. (Kunstsprache.) Bei der Beratung des Marineplans im Haushaltsausschuss des Reichstages begründete Abg. Brüninghaus (Dt. Volksp.) die Anforderung einer neuen kleinen Kreuzers und fünf neuer Torpedoboots. Auf verschiedene Anfragen erklärte Reichswehrminister Dr. Gehler, daß das Projekt des Wilhelmshavener Hafens nicht an dem Widerstand der Marineleitung scheitert, sondern daran, daß die Gemeinden und Länder nicht die erforderlichen Mittel aufbringen können. Jetzt sei ein neues Projekt aufgetaucht, dem die Marineleitung sofort zugestimmt habe. Das Gesetz über die Heeres- und Marinekammer werde, sobald es die Finanzlage des Reiches gestatte, dem Reichstag vorgelegt werden.

## Das Urteil im Hamburger Kommunistenprozeß.

II. Hamburg, 18. Februar. (Kunstsprache.) Im Kommunistenprozeß verurteilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Weiser, folgenden Urteil: Der Angeklagte Uebachs wird wegen Hochverratsunternehmens zu 10 Jahren Festungshaft und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen Beihilfe zum Hochverrat werden verurteilt: Frehe zu 6 Jahren Festungshaft und 600 Mark Geldstrafe, Köppen zu 5 Jahren Festungshaft und 500 Mark Geldstrafe, Levy zu 4 Jahren Festungshaft und 400 Mark Geldstrafe, Jensen zu 4 Jahren Festungshaft und 400 Mark Geldstrafe, Scheible zu 2 Jahren, 6 Monaten Festungshaft und 250 Mark Geldstrafe. Rühl wird wegen verbotenen Waffenstragens zu 20 Mark Geldstrafe oder 4 Tagen Gefängnis verurteilt, im übrigen freigesprochen. Gleichfalls freigesprochen wird Effler.



# Trauerkundgebung des Badischen Landtags für die Dortmunder Opfer.

## Kurze Anfrage über eine feste Rheinbrücke bei Magau. — Interpellation über ein Zeitungsverbot.

### Der Heuberg.

Der Badische Landtag ehrte zu Beginn der gestrigen Nachmittagsitzung die Toten von Dortmund in würdiger Weise. Staatspräsident Dr. Hellpach und die Minister Kemmle und Dr. Heiler hatten sich auf der Regierungsbank eingefunden. Anstelle des durch Krankheit an der Teilnahme an der Sitzung verhinderten Präsidenten Dr. Baumgartner verlas Vizepräsident Maier-Heidelberg — das ganze Haus hatte sich inzwischen von den Plätzen erhoben — folgende Kundgebung: „Meine Damen und Herren! Als gestern vormittag um die zehnte Stunde auf den Staatsgebäuden im Lande die Flaggen auf Halbmaß stiegen und der Trauerkolor der Landes- und Reichsfarben umhüllte, da wußten wir, daß um dieselbe Stunde drüben im Ruhrgebiet in Dortmund die 136 Todesopfer der furchtbaren Grubenkatastrophe zur letzten Ruhe gebettet wurden. Mit dem Entsetzen über das furchtbare Unglück verbindet sich im ganzen deutschen Volke das innigste und herzlichste Mitleid mit den Angehörigen die ihre Gatten, Söhne, Väter und Brüder sehr oft die einzigen Stützen und Erhalter ihrer Familien verloren haben. Der großen Zahl derer, die ihre Teilnahme an der großen Trauer ausgesprochen haben, schließt sich auch der Badische Landtag als Vertretung des badischen Volkes von ganzem Herzen an. Wir wollen aber nicht nur in Worten den Angehörigen beistehen, nein, das ganze Deutsche Volk soll durch die Tat der reichlichen Mithilfe der Männer sich würdig erweisen, die als heldenmütiger Pflichterfüllung im Dienste der Arbeit gefallen sind. — Sie, verehrte Damen und Herren, haben sich zum Zeichen der Ehrerbietung gegen die Toten und zum Ausdruck des herzlichsten Mitleids mit den Hinterbliebenen von Ihren Sitzen erhoben. Ich stelle dies fest und danke Ihnen.“ Die weiheliche Stimmung, die das Gedächtnis an die Opfer der Dortmunder Katastrophe im Hause erzeugte, wurde empfindlich gefördert durch eine parteipolitische Rede des Kommunisten Ritter, die nicht nur vom Hause, sondern auch dem Präsidenten zu hant wurde, der dem Kommunisten wiederholt bedauerte, es sei unangebracht, das Andenken an die Toten durch agitatorische Reden zu schänden und der keinem ausdrücklichen Bedauern darüber Ausdruck gab, daß in diese menschliche Kundgebung ein so unpassender Ton hineingetragen worden sei. Dem Präsidenten stimmten die übrigen Abgeordneten zu.

Unter den Eingängen befand sich der erste Nachtrag zum Staatsantrag für die Jahre 1924 und 1925, über dessen wesentlichen Inhalt wir unsere Leser noch unterrichten werden. Dann wurden zwei kurze Anfragen durch die Regierungsvertreter beantwortet. Die erste, von Deutschnationalen Abgeordneten eingebracht, lautete: „Wie stellt sich die Regierung zu dem Projekt einer festen Rheinbrücke bei Magau?“ Diese Anfrage war wirklich kurz. Kurz war aber auch die Antwort der Regierung. Oberregierungsrat Seeger erklärte mit, daß das Finanzministerium in dieser Frage erneut Erhebungen veranlassen und oor Abschluß dieser Erhebungen zu seinem Bedauern nicht in der Lage sei, bestimmte Mitteilungen zu machen. Auf eine vom Zentrumsabgeordneten eingebrachte kurze Frage über den Abbau von Direktoren an höheren Schulen antwortete ein Regierungsvertreter: Die Direktoren der badischen höheren Lehranstalten, die am 31. Dezember 1923 das 60. Lebensjahr vollendet haben, sollen nach Ablauf dieses Schuljahres in den Ruhestand versetzt werden.

Heuberg — Truppenübungsplatz oder Kindererholungsheim? Diese Frage beschäftigt die Gemüter seit langem. Dem Landtag liegen darüber vor: 1. Förmliche Anfrage und 2. Entschlossenheit. Der Haushaltsausschuß hatte sich mit ihnen in mehreren Sitzungen eingehend beschäftigt und ließ durch seinen Berichterstatter Freihof mitteilen, daß er beantragte, den Anträgen der Abg. Martin und Gen. zuzustimmen. Dem Antrag der Abg. Strauß, Heiler, Fischer-Karlsruhe, Richter, Nigol, Siebert zuzustimmen, den Antrag des Abg. Dr. Mattes und Gen. abzulehnen. Der Zentrumsabgeordnete Maier in begründete dann eingehend folgende förmliche Anfrage: Ist der Regierung bekannt, daß die Leitung des Kindererholungsheims Heuberg fast vollständig in württembergische Hände gekommen ist, obwohl der badische Staat bedeutende Zuschüsse leistet? Was gedenkt die Regierung zu tun, um den badischen Einfluss zu sichern? Kennt die Regierung die Wünsche der Heuberggemeinden bezüglich der Verwendung des ehemaligen Truppenübungsplatzes? Was gedenkt die Regierung in der Sache zu tun? Anschließend begründete Maier noch folgende zwei gleichfalls von ihm eingebrachte Anträge: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß den Anliegern das Gelände des ehemaligen Truppenübungsplatzes Heuberg in langfristiger Pacht in größerem Umfang als bisher zur Verfügung gestellt wird.“ Ferner: „Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dringend vorstellig zu werden, es wolle die Verwaltung des Lagers und des ehemaligen Truppenübungsplatzes Heuberg vom Landesfinanzamt Stuttgart losgelöst und wieder dem Landesfinanzamt Karlsruhe zugeteilt werden.“

Minister des Innern Kemmle erwiderte, die badische Regierung habe keinen Einfluss auf den Zweckverband badischer und württembergischer Gemeinden „Kindererholungsheim Heuberg“. Diesem Verein sei das Lager Heuberg vom Reichsfinanzministerium auf die Dauer von 30 Jahren verpachtet worden. Im Vorstand des Zweckverbandes werden die württembergischen Interessen durch zwei und die badischen durch vier Personen vertreten. Die dem Verein vom badischen Staate gegebenen Zuschüsse seien sehr niedrig. Die Regierung kenne die Wünsche der Heuberggemeinden. Den Bemühungen des badischen Ministeriums des Innern sei es gelungen, die bisher im Lager Heuberg stationierte württembergische Polizei durch badische Schulden und zwar sei am 15. Januar diese Ablösung erfolgt. Die weiteren Bestrebungen des Ministeriums, die Heubergverwaltung möge wieder dem Landesfinanzamt Karlsruhe zugewiesen werden, seien erfolglos gewesen. Die Erwägungen, ob auf dem Heuberg wieder militärische Übungen abgehalten werden sollen, seien noch nicht abgeschlossen. Für 1925 sei keine Änderung mehr zu erwarten. Vorklärung bei der Reichsregierung konnte das badische Staatsministerium bis jetzt noch nicht machen. Eine Prüfung über die Möglichkeit der Doppelverwendung des Heubergs (teils Truppenübungsplatz, teils Kindererholungsheim) sei in die Wege geleitet. Frau Strauß von der Demokratischen Fraktion begründete den Antrag der Frauenabgeordneten, nach dem der Landtag den Antrag Dr. Mattes auf Zulassung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Heuberg seiner frühe-

ren Zweckbestimmung“ ablehnen und dafür die Regierung ersuchen soll, für den Weiterbetrieb des Kindererholungsheims einzutreten. Die Rednerin erklärte, es könne ein anderer Truppenübungsplatz gefunden werden als der Heuberg. Kinderheim und Truppenübungsplatz lassen sich nicht mit einander vereinen. Der Zentrumsabgeordnete Duffner hatte folgenden Antrag dem Hause unterbreitet: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, 1. daß die Verwaltung des Lagers und ehemaligen Truppenübungsplatzes Heuberg wieder dem Landesfinanzamt Karlsruhe zugeteilt werde, 2. daß der Truppenübungsplatz Heuberg alljährlich, erstmals im Jahre 1925, als Wandergelände verwendet werde. Das Kindererholungsheim soll bestehen bleiben.“ Der Redner legte dar, daß die Massenpejnung und Massenunterbringung von Kindern nicht das Ideal eines Kinderheimes seien, und ersuchte um Annahme seines Antrages, den er dahin abänderte, daß das Lager im Frühjahr und Spätherbst als Truppenübungsplatz für Reichswehr und Polizei und in der Zwischenzeit als Kindererholungsstätte verwendet werden soll. Auf einen Einwand des Ministers trug er das Wort „Polizei“. Die Gruppe der Deutschen (liberalen) Volkspartei stellte folgenden Antrag: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß der ehemalige Truppenübungsplatz Heuberg im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung der angrenzenden Gemeinden durch Verwendung als Garnison für badische Truppen seiner früheren Zweckbestimmung wenigstens zum Teil wieder zugeführt wird.“

Dr. Mattes begründete ihn in längerer Rede, der folgende Hauptgedanken zu Grunde liegen: Die Heuberggemeinden haben durch die Aufhebung des Truppenübungsplatzes große Verluste erlitten. Schlösser seien die Vermögensgegenstände in Stetten a. M. Das Kindererholungsheim habe den Gemeinden wenig Vorteile gebracht. An eine Aufhebung des Erholungsheims denke niemand, obgleich der Minister auf verschiedene Mängel im Betrieb hingewiesen habe. Es müsse ein Modus gefunden werden, um den notleidenden Heuberggemeinden zu helfen. Frau Fischer-Karlsruhe von der sozialdemokratischen Fraktion unterstützte Frau Strauß in ihren Ausführungen und trat für die Erhaltung des Kindererholungsheims ein, das zwar kein Ideal sei, aber seinen Zweck doch erfülle. Frau Unger nannte jene Anträge, die sich gegen das Weiterbestehen des Kindererholungsheims richteten, ein Verbrechen. Im Gegenteil müßten neue solche Heime und zwar in größerer Anzahl als bisher errichtet werden. Frau Clara Siebert vom Zentrum schilderte die Verhältnisse in dem Kindererholungsheim Heuberg, sich dabei auf interessante Statistiken stützend. Den Antrag Strauß, den sie auch unterstützt hat, unterstützte sie. Die früher vorgebrachten Beschwerden seien im letzten Jahre abgeklärt worden. Die Weiterinnen sollten nicht zu jung sein. Für die deutschnationale Fraktion erklärte der Abgeordnete Schaefer-Mannheim, daß sie dem Antrag des Haushaltsausschusses zustimmen werde. Wenn man zu einer Doppelverwendung des Heubergs komme, dann dürften unter keinen Umständen die Truppen in den für die Kinder bestimmten Räumen untergebracht werden. Wenn bis jetzt für dieses Jahr schon 8000 Kinder angemeldet seien, so solle man sich darüber freuen.

Die Antragsteller verzichteten auf das Schlusswort, worauf man zur Abstimmung schritt. Vorher gab es noch eine kleine Geschäftsordnungsdebatte. Die Kommunisten hatten den Antrag gestellt: Die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß folgende Maßnahmen getroffen werden: 1. Jede Verwendung zu militärischen Zwecken wird abgelehnt. 2. Das Erholungsheim wird weiter ausgebaut. 3. Sämtliches früheres Gemeindegelände soll an Kleinbauern verpachtet werden. Dieser Antrag wurde gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Die Abstimmung über den Antrag des Haushaltsausschusses gestaltete sich etwas schwierig. Schließlich ergab sich, daß dieser mit verschiedenen Mehrheiten angenommen wurde. Der Antrag Duffner wurde mit 27 gegen 15 Stimmen angenommen.

Es kam dann eine zweite förmliche Anfrage zur Beratung, nämlich jene der Deutschnationalen Fraktion über das Verbot des „Süddeutschen Volksblattes“ und das Verbot der Verbreitung des „Karlsruher Volksblattes“ im Bezirk Bretten. Die Interpellation lautet: „Am 29. November 1924 ist im „Süddeutschen Volksblatt“ ein mit dem Namen des Verfassers unterzeichnetes und gegen die Linksparteien gerichtetes Wahlgedicht abgedruckt. Wegen dieses Gedichtes ist die Zeitung am 2. Dezember auf eine Woche verboten worden. Außerdem wurde dem Verleger untersagt, das bei ihm zwar gedruckte, aber nicht von ihm verlegte und redigierte „Karlsruher Volksblatt“ im Bezirk Bretten zu verbreiten, obwohl diese Zeitung das beanstandete Gedicht nicht gedruckt hatte und auch nicht verboten worden war. Ist die Regierung bewußt, daß diese kurz vor der Reichstagswahl ausgesprochenen Verbote eine parteiische und verwerfliche Unterbindung der freien Meinungsäußerung bedeuten? Ist die Regierung bereit, in Zukunft dafür einzutreten, daß die staatsbürgerliche Freiheit hinsichtlich des Rechts der Meinungsäußerung wieder auf die gleiche Höhe wie in den letzten Jahren der Vorkriegszeit gebracht werde?“ Schmidt-Bretten beauftragte die förmliche Anfrage und nannte dabei das Verhalten des betreffenden Referenten ein Verbrechen. Der Präsident rügte den Ausbruch und Minister Kemmle sagte: „Hui Teufel“. Der Zweck des Verbotes sei gewesen, den Deutschnationalen kurz vor der Wahl den Mund zu verbinden. Minister Kemmle stellte, nachdem er den Vorwurf eines Verbrechens zurückgewiesen hatte, fest, daß die Beteiligten von ihrem Beschwerderecht keinen Gebrauch gemacht haben. Das Blatt sei verboten worden, weil es ein Gedicht enthalten habe, das die Reichsarmee einen „schwarz-rot-goldenen“ Lappen genannt habe. Die Zeitdauer von einem Monat sei nicht außer Verhältnis zur Schwere der Beschimpfung. Bei der Zeitdauer spielte die Reichstagswahl keine Rolle. Zutreffend sei, daß das „Karlsruher Volksblatt“ das Gedicht nicht enthalten habe. In der Befragung über den sozialdemokratischen Abgeordnete Maier auf den Schmidt'schen Ausbruch „Verbrechen“ zu sprechen und nannte ihn eine Geschmackslosigkeit und Unanständigkeit. Da er diese Charakterisierung wiederholte, wurde er zur Ordnung gerufen. Es gab Zwischenrufe zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten, in deren Verlaufe auch der Abgeordnete D. Mayer einen Ordnungsruf erhielt. Für das Zentrum erklärte Wittmann, dieses habe keinen Anlaß, in eine Befragung einzutreten, da durch den Minister die Angelegenheit zutreffend erläutert worden sei. Der Kommunist Ritter erhielt einen Ordnungsruf, weil er die beiden Fahnen

„Fahnen“ genannt hatte. Dr. Glöckner bedauerte gleichfalls, daß Schmidt einen Staatsbeamten einen „Verbrecher“ nannte. Das sei in diesem Hause noch niemals der Fall gewesen. Da nach dem Schlussworte des Interpellanten Schmidt der Minister Kemmle auf verschiedene Aeußerungen nochmals erwidert hatte, sekundierte D. Mayer-Karlsruhe seinem Gratulationsfreunde, was den Minister zu der Bemerkung veranlaßte: „Du reitest den Freund nicht mehr!“ Wittmann, Dr. Glöckner und Marum wiesen die von Schmidt in seinem zweiten Schlusswort gemachte Unterstellung zurück, als hätten sie dem Minister nur deshalb zugestimmt, weil sie Mitglieder der Regierungsparteien seien. Wie alles in der Welt, so nahm auch diese Debatte ein Ende. Der Präsident schloß hierauf die Sitzung; heute früh um 10 Uhr beginnt die nächste.

### Änderung der evangelischen Landesynode.

Die Kirchenregierung der evang. Landeskirche hat beschlossen, die Landesynode auf den 18. März zur Beischlußfassung über den Voranschlag einzuberufen. Der Hausauswahlschuß wird zur Vorbereitung am 16. März zusammentreten.

— Pforzheim, 18. Febr. (Messezeitung.) In der vorletzten Nacht geriet der ledige Händler Ludwig Dörner mit der ledigen Anna Seeger auf der Straße in Streit. Er war die Seeger auf den Boden, mißhandelte sie und verschle ihr ein Stück in den Rücken. Die Seeger wurde nach dem Krankenhaus gebracht, ihre Verletzungen sind aber nicht lebensgefährlich.

— Bruchsal, 18. Febr. Wegen Erwerbung der reichsstatistischen Schloßgartenbaraden durch die Stadt, schwebten schon längere Zeit Verhandlungen, die nunmehr zum Abschluß gekommen sind. Die Erwerbung dieser Baraden durch die Stadt war deshalb geboten, weil sie doch noch auf absehbare Zeit als Notwohnung Verwendung finden müssen.

— Mannheim, 17. Februar. Bei der Städtischen Sparkasse wurden im Januar l. J. 3 351 718 Mark eingezahlt; der Betrag der Rückzahlungen belief sich auf 2 563 990 Mark, jedoch sich eine Mehreinzahlung von 787 728 Mark ergab. Die Guthaben der Kunden betragen Ende Januar 5 298 234 Mark. Im gleichen Monat wurden 1692 neue Sparbücher ausgestellt.

— Mannheim, 18. Febr. (Von Mannheim nach Ungarn.) Eine eigenartige Luftpost vermittelte dieser Tage ein Kinderluftballon aus einem Warenhause nach Ungarn. Auf einer angehängten Postkarte hatte eine „lustige Mannheimerin“ aus Waldhof dem Ballon Grüße mitgegeben und den Finder ersucht, Nachricht zu geben. Aus Roslau-Bielitzburg (Ungarn) kam eine Anfrageschleife folgenden Inhalts: „Besten Dank für Ihre freundlichen Grüße. Bin so frei, Sie zu benachrichtigen, daß Ihr Ballon heute, den 11. Febr., 7 Uhr morgens auf freiem Felde vor meinen Augen total erschöpft niedergeliegen ist.“ Der Ballon war 16 Stunden unterwegs, hatte also eine durchschnittliche Reisegeschwindigkeit von über 50 Kilometer in der Stunde.

— (Schriesheim (Bergstraße), 18. Febr. (Ev. Gemeindehaus.) Die ev. Gemeinde beabsichtigt den Bau eines Gemeindehauses, wo bereits die Arbeiten für den Rohbau ausgeführt sind.

— Wiesloch, 18. Febr. (Unfall.) Im Bergwerk bei Batertal ging gestern ein Sprengschuß zu früh los, wobei die Arbeiter Weigel aus Wiesloch und Heinrich Scherer aus Alt-Wiesloch schwer verletzt wurden. Der Letztere mußte mittels Autos nach Heidelberg verbracht werden.

— Rastatt, 18. Febr. (Baudarlehen.) Der Wohnungswirtschaftsausschuß beim Bezirksamt Rastatt, der für den Bezirk Rastatt-Land einer der wichtigsten Kreditgeber zur Förderung der Neubausstätigkeit auf dem Lande ist, hat einstimmig beschlossen, daß jeder der ca. hundert Darlehensempfänger des Jahres 1924 sofort noch 400 M. zugewiesen erhalten soll, jedoch insgesamt 1000 M. als Darlehen befristet, dieser aber in Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bauwirtschaft 1925 mit einem weiteren Nachschuß nicht mehr rechnen kann. Bei den Darlehensschulden, die auf den 1. 4. 25 zur Rückzahlung an den Wohnungswirtschaftsausschuß fällig sind, kann das Bezirksamt Stundung gewähren.

— Offenburg, 18. Febr. Eine Reihe der in dem jüngsten Kommunistenprozess wegen des Marichs nach Durbach vor dem hiesigen Schöffengericht Verurteilten hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

— Badenweiler, 18. Febr. (Zum Beginn der Kuraison.) Als Leiter des Kurarbeiters Badenweiler für die Saison 1925 wurde Kapellmeister Fritz G. u. n. e. r. t. für den Leiter des pflanzlichen Landesymphonieorchesters in Ludwigshafen. verpflichtet. Die Konzerte beginnen Anfang April.

— Waldshut, 18. Februar. (Brand.) In Altsberg brannte das Anwesen des Landwirts Ebner innerhalb 2 Stunden bis auf den Grund nieder. Es konnte fast nichts gerettet werden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

— Billingen, 18. Febr. (Abbau der Eisenbahnbetriebswerkstätte.) Wie das Billinger Volksblatt berichtet, soll die modern eingerichtete Billinger Eisenbahnbetriebswerkstätte anscheinend ebenfalls abgebaut werden. In dieser Woche kommen 39 Arbeiter, etwa ein Drittel der Belegschaft, zur Entlassung.

(Konstanz, 18. Febr. (Luftverkehrsgesellschaft.) Der Gedanke der Luftverkehrsgesellschaft nimmt auch in unserer Stadt feste Form an. Am 16. Februar versammelten sich etwa 30 führende Persönlichkeiten aus den maßgebenden Körperschaften und Organisationen zu einer Vorbereitungsversammlung für die Gründung einer Luftverkehrsgesellschaft. Konstant Vertreter waren das Bezirksamt Konstanz, die Stadt Konstanz durch ihren Oberbürgermeister M. r. i. c. e. und die Stadt Billingen durch ihren Bürgermeister, ferner die Garnison des Jägerbataillons, die Handelskammer, das Hauptpostamt und die Reichspost. Oberbürgermeister Dr. M. r. i. c. e. begrüßte die Eröffnungen. Sodann sprach Ingenieur T. r. u. d. e. n. b. r. o. d. i. über die bisherigen Vorbereitungsarbeiten für die Gründung der Gesellschaft und über deren Zweck und Ziele. Es wurde der Beisatz gefaßt, am Ende des Monats zu der endgültigen Gründungsversammlung zu schreiben und bis dahin für die Sache zu wirken.

— Vom Bodensee, 18. Febr. (Wohnsturm.) Am Sonntag herrschte auf dem Bodensee bei herrlichem Wetter ein ungewöhnlich starker Schneeeis. Die Aussicht auf das Gebirge war prachtvoll, aber der See bildete ein wildes Wogenmeer. Abends kam es dann zu einem Sturzregen. Am Allgäu hat der Schneesturm namentlich in den nördlichen Schanden angerichtet. Manche Tanne wurde umgerissen und auch an den Telefonleitungen gab es erhebliche Störungen.

### Würmer sind Duldgeister

für Erwachsene, erst recht aber für Kinder. Wir rathen Ihnen, 125 Gramm flüssigen Katroma-Extrakt zu kaufen, mit dem Erwachsene und Kinder über 5 Jahre eine Kur unternehmen. Sicher erhaltlich. Sol-Apothek. Karlsruhe 201; Stadt-Apothek, Karlsruhe 19. Bestandteile sind auf der Verpackung angegeben. 2543.

Bei Husten, Heiserkeit, Katarrhen. Corylin Bonbons. Angenehm, Zuverlässig, Unschädlich. BAYER

FASTNACHTS-GEBÄCK WIRD VORZÜGLICH MIT PALMIN!

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 19. Februar 1925.

Rückzahlung der Beamtendarlehen für Winterbedarf

Die „Karlsruher Ztg.“ bringt folgende halbamtliche Erklärung: In einem Karlsruher Blatt wird unter Hinweis auf die Gesundheitsminderung...

Zu der wohlgemeinten Anregung ist festzustellen, daß der Rückzahlungstermin auf Wunsch der Beamtenschaft schon einmal verschoben wurde...

Wenn in dem Artikel weiter behauptet wird, daß einzelnen Beamten am 1. Februar 30-40 RM für die Darlehensstilgung abgezogen worden seien...

Abnorme Witterung. Wie in so manchen anderen Dingen die Natur neuer schon weit über den Wintermonat Februar hinaus in den Frühjahrsbeginn eingetreten ist...

Wegen der körperlichen und geistigen Wiedergesundung unserer Jugend. Man schreibt uns: Am 23. bis 25. Februar findet hier die zweite badische Tagung für alkoholfreie Jugend...

schwächt durch die hinter uns liegenden Not- und Hungerjahre. Darum muß die Jugend — und ihre Eltern und Erzieher — heute etwas wissen von rechter Ernährung und Pflege des Körpers.

Das Wohlthätige Siedlungsamt, die altherkömmliche, seit über 30 Jahren bestehende Quartierverteilung der Herren Carl Hoffmann, Josef Sulz, Georg Herold und Adolph Land...

Die Zustände im Gebiet der Weiberäcker.

Zu den uns zugegangenen Mitteilungen über die Zustände im Gebiet der Weiberäcker, die wir in Nr. 72 d. Bl. zum Ausdruck gebracht haben...

Der Kritischreiber weist darauf hin, daß das Siedlungsgebiet leider noch gewissen Mängeln ausgesetzt sei infolge der unvollkommenen Straßenverbindung mit der Stadt.

Die Bewohner des Weiberäckergebietes verlangen nichts Unmögliches, sonst hätten sie schon beim Stadtrat den Antrag auf Einführung einer Klugerbindung mit der Stadt gestellt.

ionen stattgefunden haben und dabei ein Hund angeschossen worden ist. Ob nach Lage der Verhältnisse diese Richterlaren ausreißend sind...

Karlsruher Schwurgericht.

Ein mysteriöser Fall.

Karlsruhe, 19. Febr. Das Schwurgericht trat heute vormittag zu seiner zweiten Tagung zusammen. Ein mysteriöser Fall, der bereits im letzten Jahre das Schwurgericht beschäftigt hat...

Unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Bender wurde der ganze Sachverhalt nochmals aufgearbeitet. Der einzige Augenzeuge ist der 23 Jahre alte Melchior Bauer...

Nach fast einstündiger Beratung wurde das Urteil verkündet: Der Angeklagte Albert Hed wurde freigesprochen; die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Sterbefälle. 17. Februar: Rosa Weibel, 68 Jahre alt, Witwe von Josef Weibel, Schloffer; Emma Seitz, 66 Jahre alt, Parafabrikantenreiner...

Freiburger EDEKA-Ausstellung und Warenmesse für Lebensmittel und Gegenstände des tägl. Bedarfs vom 1. bis 8. Mai 1925 in der Städt. Kunst- und Festhalle Freiburg (Stadtgarten).

Land- und forstwirtschaftl. Unfallversicherung. Die Versicherungsbedingungen für das Jahr 1924 liegen vom 19. Februar während zweier Wochen bei der Stadtkanzlei...

Motorräder etc.! „Cambra“ 2 und 3 PS. „New-Imperial“, engl. Recordmaschine, TT. Rennen 1924, versch. Typen, 2,3/4 bis 30 PS.

M. Notheis & Sohn liefern prompt und billig Kohlen, Koks, Briketts, Holz. Nur erste Qualitäten 21334. Büro: Westendstrasse 24, Telefon 1928.

Auto-Garagen. Motorrad-Garagen, Jagdhütten. Halben led. r. Art. in Weißlackkonstruktion für Süddeutschland frachtl. günstig ab Werk Buhl lieferbar.

Gesichtsjausschlag. Mittelst. Mittelst. verschwinden sehr schnell wenn man abends den Schaum von Zucker's Patent-Medizin-Seife eintrudeln läßt.

Notizblocks. 500 000 Notizblocks. Stenogrammhefte, Schreibpapier, etc.

Für 25 Mk. Anzahlung! bekommen Sie ein Badisches Damen- oder Herrenrad mit 2 Jahren Garantie...

„Dabu“ Deutscher Auskunftsband. Kapitalien Beleihung. 3 000 Mark auf gut. Objekt auf 1. Hypothek bald aufzunehmen gesucht.

Druckarbeiten. werden rasch und ohne ansehnliche Kosten in der „Badischen Presse“

Die Zuckerkrankheit und ihre Gesundheitsbedeutung auf Grund 40jähriger Erfahrung. Dr. Gebhard & Co., Berlin W 30, d.

Stiller Zeithaber. mit ca 20-30000 Mark Kapital von Pauschalhaftigkeit frei...

Schwarzwälder Speck. hat nicht abzugeben. So lag unter Nr. 26894 die Badische Presse.

1500-2000 Mk. von Geschäftsmann gegen gute Sicherung u. Zins von Selbstg. zu leih. gel. Angeb. unt. Nr. 26810 an die Badische Presse.



# Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

## Die Bedeutung der Reichs- und Staatsaufträge für die süddeutsche Wirtschaft.

Man schreibt uns:

Die Nachkriegszeit hat nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht einschneidende Veränderungen für große Kreise des deutschen Volkes gebracht. Durch die Verwirklichung früherer k. ö. l. Behörden, durch das Bestreben nach Zentralisation im Reich sind viele Beschäftigungsstellen aus dem Bereich der Länder verschunden und an den Sitz der Zentralstelle des Reiches, also meistens nach Berlin, abgewandert. Die Eisenbahn, die Post, die Zollverwaltung ist zentralisiert, auch die Beschaffungen für Meer und Marine, die bei dem Hunderttausend-Mann-Heer allerdings auch an wirtschaftlicher Bedeutung gegenüber der Friedenszeit verloren haben, sind auf das Reich übergegangen. In den Vorjahren kam noch hinzu, daß auch die Reparationslieferungen einheitlich von einer besonderen Reichsstelle in Berlin zur Vergebung gelangen. Für große Kreise der Wirtschaft, die sich für die Reichs- und Staatsaufträge aus Gründen ihrer Existenzfähigkeit interessieren, sind manche Nachteile aus diesen Veränderungen entstanden, zumal wenn die Firmen in weiter entlegenen Landesteilen ansässig waren.

Die Länderregierungen haben bei den gesetzlichen Veränderungen, die bei dem Übergang der Vergabungen auf das Reich erforderlich waren, zwar in verschiedenen gesetzlichen Vorschriften die Aufgabe des Reiches erhalten, daß die landwirtschaftlichen Interessen nicht durch die Zentralisation des Vergabungswesens benachteiligt werden sollen. Erfahrungsgemäß stehen aber solche Anordnungen auf dem Papier, wenn nicht durch praktische Maßnahmen für die Durchführung gesorgt wird.

Wirtschaftliche Wirtschaftskreise gründeten daher besondere Landesbeauftragte in allen deutschen Ländern, die unter der Aufsicht des Staates stehen, die aber im übrigen die Form der Selbstverwaltung haben. Ihre Geschäftsführung ist dadurch beweglich gehalten und paßt sich den kaufmännischen Interessen der interessierten Firmen an.

Die Landesbeauftragten haben bei Reparationslieferungen und bei Vergabungen der Reichsvermögensverwaltung Coblenz in großem Umfange ihre Ziele verfolgen können. Insbesondere wurde es der mittleren und kleineren Industrie und auch dem Handwerk möglich, sich durch diese gemeinsamen Interessensvertretungen wirksam an den Aufträgen des Reiches zu beteiligen. Sie wurden durch die Landesbeauftragten rechtzeitig von geeigneten Vergabungen verständigt und ihre Angebote wurden den Vergabungsstellen des Reiches gegenüber gemeinsam vertreten. Die größeren Landesbeauftragten unterhalten besondere Geschäftsstellen in Berlin, um bei dem ausgedehnten Behördenapparat der Reichsbeschaffungsstellen eine möglichst enge Fühlung herzustellen.

Am unter den Ländern eine Einheitlichkeit im Vorgehen zu erreichen, wurde von den Landesregierungen gleichzeitig eine Ausschussstelle der Länder errichtet, welche die Landesbeauftragten als Vertrauensorgane benützt. Die A. L. V. ist eine rein behördliche Organisation, in welcher die Reichsratsbevollmächtigten der Länder sich und Stimme haben.

Es ist verständlich, daß durch die Bestrebungen der Länder jedes Finanzministerium durchdrungen wird, da die Länder es sich zur Aufgabe gestellt haben, den Wettbewerb um Aufträge der öffentlichen Hand auf möglichst breite Basis zu stellen. Jeder Steuerzahler hat das Recht, auch zu verlangen, daß er bei Reichs- und Staatsaufträgen sich ohne Behinderung bewerben kann. Je härter der Druck der Länder nach dieser Richtung hin wurde, umso mehr regten sich naturgemäß Widerstände in den Firmenzentren, die eine besondere günstige Lage zu den Beschaffungsstellen hatten und in ihren guten geschäftlichen Beziehungen gefaßt wurden.

Auch sind unter Voraussetzung von Schlagwörtern, die eine bewährte Forderung betreffen, Verträge unterzeichnet worden, die Landesbeauftragten zu sprengen. „Abbau von Nachkriegsorganisationen“ und ähnliche Parolen dienen dazu, um Unbefangenen ein falsches Bild über die Bestrebungen der Landesbeauftragten zu geben. Die Landesbeauftragten sind daher genötigt worden, aus ihrer bisher gelebten Methode herauszutreten und haben durch ihre Landesregierungen dem Reichsrat gegenüber bei Bewilligung der Etats der Reichsressorts nochmals vor Augen geführt, welche wirtschaftliche Bedeutung die Landesbeauftragten haben, und zu erkennen gegeben, daß die Bestrebungen der A. L. V. und der Landesbeauftragten auch unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen noch zwingend notwendig zum Schutz des Mittelstandes sind. Es muß daher allen Firmen, die Interesse an diesen Aufträgen der Landesbeauftragten haben, dringend angezogen werden, sich für die Weiterführung der Landesbeauftragten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einzusetzen, insbesondere wird es notwendig sein, daß die Handelskammern durch ihre Firmen darüber aufgeklärt werden, daß besonders die an der Verpachtung des Reiches gelegenen Staaten ein ganz besonderes Interesse haben, eine Vertrauensstelle für gemeinsame wirtschaftliche Fragen der Länder und Verbindungsstellen für Reichs- und Staatsaufträge, die Landesbeauftragten zu unterstützen.

Während die beteiligten Kreise in Württemberg und Hessen geschlossen den großen Wert der A. L. V. anerkennen und demgemäß auch in offiziellen Rundgebungen für deren unbedingte Aufrechterhaltung eintreten und weiter sich auch in Bayern die vor wenigen Tagen stattgehabte Mitgliederversammlung für eine Weiterführung der A. L. V. entschieden hat, bestehen in Baden in diesem Falle 3 St. ungelöste Verhältnisse. Die Handelskammern und der Verband Süddeutscher Industrieller sind in der Anfang des W. in Mannheim stattgehabten Mitgliederversammlung unüberwunden für eine Liquidation der A. L. V. eingetreten; die Vertreter des gesamten Handwerks haben sich dagegen geschlossen für eine unbedingte Weiterführung der A. L. V. ausgesprochen und sich bereit erklärt, gegebenenfalls die Kosten der Erhaltung der A. L. V. bzw. der Berliner Geschäftsstelle allein zu tragen. Für das Weiterbestehen der A. L. V. St. hatten sich eine ganze Anzahl leistungsfähiger und zum Teil sehr bekannter Firmen eingesetzt in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß bei einem Eingehen der A. L. V. St. die Industrien anderer Länder bei Reichsvergabungen weitaus im Vorteil wären. Auch eine ganze Anzahl bekannter Verbände uneres Landes haben sich im gleichen Sinne, also für die Aufrechterhaltung der A. L. V. St. bei den Handelskammern und dem Ministerium des Innern verhalten. Sonderbarerweise hat hierfür eine Diskussion in der Mitgliederversammlung der A. L. V. St. nicht stattgefunden.

Es ist nicht anzunehmen, daß Badens Interessen der Reichsstellen gegenüber, wie es bei einer Aufhebung der A. L. V. St. der Fall sein würde, weniger intensiv vertreten werden, wie dies seitens der übrigen Länder des Reiches nach wie vor geschieht und den in professionellen Kreisen kann deshalb nur nochmals empfohlen werden, die Handelskammern und den Industriellenverband davon zu überzeugen, daß bei dem härteren Konkurrenzkampf, welchem heute wohl alle Firmen ausgesetzt sind, es eine Verkennung des Wertes der A. L. V. St. bedeuten würde, wenn man diese Stelle, welche schon vielen Interessen unseres Landes wertvolle Dienste leisten konnte und welche allen leistungsfähigen und zuverlässigen Firmen unseres Landes eine Beteiligung an Reichs- und Staatsvergabungen ermöglichen soll, aufheben würde.

Budapester Internationale Messe. Die Budapester Handels- und Gewerbeamtler organisiert zwischen 18. bis 27. April die Budapester Internationale Messe. Die Besucher der Messe erhalten auf Grund der Messenausweise auf den ungarischen Eisenbahnen und Schiffahrtsunternehmungen Fahrpreisermäßigungen und Bium mit 50% Nachlaß. Die ungarischen Grenzen können während der Messe auch ohne Visum überschritten werden. Messenleiter: C. E. Kerpel, U. m. a. D.

## Industrie und Handel.

Die Fabrik für Sportbekleidung W. H. Blüder & Co., Karlsruhe, teilt uns mit, daß sie mit dem in Konturs geratenen Sportgeschäft Firma Sport-Beier, Inh. W. H. Blüder, in feinerlei Verbindung steht.

Die Chemische Fabrik Petunia G. m. b. H. in Bergshausen. Das Stammkapital ist im Wege der Umstellung auf 2000 RM. ermäßigt und demgemäß der Paragraph 4 des Gesellschaftsvertrags entsprechend geändert worden.

Die Badische Tabakfabrik A. G. in Rastatt stellt laut Goldmark-eröffnungsbilanz das Aktientapital von 620 Mill. RM. auf 14 000 Goldmark um.

Das Kontorserfahren ist über das Vermögen der Firma Sport- und Bekleidungs-„Merkur“, Inh. Erwin Spinner in Offenburg, eröffnet worden. Kontorsforderungen bis 1. April. Prüfung der Forderungen 17. April beim Amtsgericht Offenburg.

Fabrikerei Rudolf Schörs G. m. b. H. in Schopfheim. Die Gesellschaft hat das Stammkapital auf 280 000 RM. umgestellt und dabei zugleich eine Erhöhung um 120 000 RM. auf 400 000 RM. vorgenommen.

Aus Halle wird gemeldet, daß dem preussischen Staat unter dem Namen Braunkohlenwerke Marienhütte V das erste Eigentum in einem 22 Mill. Quadratmeter großen Feld in der Gemarkung Giebigsdorf zur Gewinnung der dort lagernden Braunkohle verliehen wurde.

Auf Grund des Schiedspruchs und der sich daran anschließenden Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmerverband der M.-Gladbacher-Textilindustrie werden dieöhne in der M.-Gladbacher Textilindustrie mit Wirkung vom 9. Februar ab um 5 Prozent erhöht.

Pharmazeutisches Werk „Pharmajaar“ A. G., Sulzbach-Saar. Die a. G. V. vom 13. Februar hat die Umwandlung der zur Veräußerung des Aufsichtsrates stehenden 87 500 Frank. Stammaktien in Vorzugsaktien mit fester Vorzugsdividende von 8% p. a. beschlossen. Durch Vermittlung der Commerzbank des Saarlandes A. G., Saarbrücken, werden diese Vorzugsaktien, deren Dividendenrecht ab 1. Januar 1925 läuft, den alten Aktionären im Verhältnis 4:1 zum Kurse von 105% bis zum 5. März d. J. angeboten.

Walochem Brauerei A. G., Saarbrücken. In der a. G. V. vom 16. Februar machte sich seitens einer Minderheitsgruppe starke Opposition gegen die Vorschläge der Verwaltung geltend. Einem aus dieser Gruppe gestellten Antrag auf Prüfung der Bilanz und Prüfung der Geschäftsführung durch die a. G. V. zu bestimmter Revision wurde nicht entsprochen, da dieser von der Verwaltungstreifen nahestehenden Mehrheit abgelehnt wurde. Derselbe Mehrheit verteilte auch den weiteren von der Minderheit gestellten Antrag auf Vertagung des Punktes 1 der Tagesordnung (Vorlage des Geschäftsberichts und der Bilanz per 1923/24). Die Vertagung wurde gleichwohl herbeigeführt, dadurch, daß über mehr als 10% der Stimmen verhängende Minderheitsgruppe unter Veranstaltung verschiedener Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung das Verlangen der Vertagung in § 284 Abs. 1 S. 2 B. G. B. stellte. Dr. Kanter Vertagung aller Punkte der Tagesordnung, welcher Beschluß die Zustimmung sämtlicher Aktionäre fand.

Comptoir d'Escompte de Mulhouse. Im Hinblick auf die a. G. V. vom 4. März findet eine a. G. V. statt zwecks Beschlussfassung über eine Zerlegung der 40 000 dreireihigen Aktien zu je 1250 Frank. in 100 000 Aktien zu 500 Frank. Für 1924 dürfte, wie man hört, eine Dividende von 125 Frank. gegen 100 Fr. i. V. ausgeschüttet werden.

Société Anonyme de Constructions Mécaniques, Mulhausen. Die Verwaltung schlägt die Dividende in der vorjährigen Höhe von 15 Prozent vor.

Manufacture de Soie Reigne Mulhouse-Bourguignon. Eine a. G. V. wurde auf den 4. März anberaumt zwecks Beschlussfassung über die Verdoppelung des Kapitals von 3 auf 6 Mill. Franken Fr. durch Ausgabe von 2400 jungen Aktien zu je 1250 Fr. Außerdem stehen auf der Tagesordnung die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft französischer Rechts, der Rücktritt der Mitglieder des Aufsichtsrats und der Direktion sowie die Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats.

## Häute - Leder - Schuhe.

Die Abwägung am Rohhäutemarkt hat auch auf den letzten Wertberichterungen angehalten und das Geschäft liegt im allgemeinen ruhig. Das Angebot auf den Wertberichterungen war ziemlich reich, fand jedoch bei Preisrückgaben von etwa 5-15 Prozent Käufer. In der Sänbe- und Lederwarenfabrikation wird das Geschäft nach wie vor durch den allgemeinen Geldmangel gehemmt und die Wertberichterungen hüten sich sehr gegen einen etwas lebhafteren Verlauf annehmen, wenn die Verkäufer den Käufern günstigere Zahlungsbedingungen bewilligen würden. Auch im freien Verkehr wird Ware genügend angeboten, doch finden nur Umläufe statt, wenn die Verkäufer weitausgehende Konzessionen machen.

Am Ledermarkt ist die Situation unverändert klar und schloß. Durch die Abwägung am Häutemarkt wird das Geschäft am Ledermarkt erleichtert und es würde sich schließlich das Geschäft auch lebhafter gestalten und die Umläufe mächtig erhöhen, wenn es betreffs der Preise schneller zur Einigung kommen würde. Käufer sind genügend am Markt und es macht sich auch ein geringer Bedarf bemerkbar, da kleinere Umläufe in allen Sorten wieder erlaubt wurden, doch durch die anhaltende Geldknappheit sind größere Abhältnisse nicht möglich, soweit die Fabrikanten nicht weitgehende Regularisierungsmaßnahmen einräumen.

In der Schuhindustrie läßt die Lage nach immer zu wünschen übrig. In einzelnen Produktionsgebieten sind die Käufer noch mit Winterware gefüllt. Insbesondere ist der Absatz in Verbrauchsstädten völlig ungenügend, während Luxusstädten und farbige Sachen gesucht sind.

## Vom deutschen Weinmarkt.

Die Serie der Weinversteigerungen in den rheinischen Gebieten und an der Mosel ist in vollem Schwunge. Die Nachfrage ist auffallend groß und die Preisbewegung relativ. Gerade die Unübersicht, wie die künftigen Handelsverträge sich gestalten werden, sollte eigentlich zur Vorsicht mahnen. An der Mosel sind die drei ersten Tage der Ertrier Naturweinversteigerungen schon vorüber und haben mit einem sehr guten Ergebnis abgeschlossen. Das gleiche war bisher in Rheinhessen und in der Rheinpfalz der Fall. Namentlich die 1923-er und 1922-er erzielten verhältnismäßig anständigen Werten, obwohl letzterer Jahrgang aus Zeiten abgeben, keine besondere Eigenschaften aufweist. Auch 1924-er wurden vielfach auf Auktionen schon ausgetrieben und schloß genommen, soweit die Käufer nicht übertriebene Preise forderten. Das freihändige Weingeschäft zeigte im allgemeinen einige Lebhaftigkeit. In Rheinpfalz wurden in der Dillhofer Saecid 1924-er mit 600-650 A., 1923-er mit 725 Mark und darüber und 1922-er bis zu 775 A. bewertet, alles das Stück. In Rheinhessen wurden in 1924-er 55 Stück zu 750 A., in Rheinhessen mehrere Sorten zu 1200-1300 A. in Güntersblum zu 750-800 A., alles die 1200 A. Stück abgeben. In der Rabe gingen 1924-er zu 650-750 A. das Stück, während beispielsweise in Kreuznach 1923-er zu 750-850 A. das Stück angenommen worden. Im Rheingau kommt in den freihändigen Verkehr sehr reiches Leben. In Deltz und Winkel wurden 1924-er zu 425-450 A. das Stück (600 Liter) abgesetzt, in Vord zu 550-600 A., 1922-er stellen sich pro Hektoliter auf 500-550 A. Am Mittelrhein wurden in Saecid-Baharad 1924-er zu 680-800 A. das Stück bewertet. An der Mosel wurden in Dillen 1923-er zu 500-550 A., in Wintrich zu 550 A. und 1924-er zu 550-620 A. und in Welsch 1924-er zu 550-600 A. die 900 Liter verkauft. In der Rheinpfalz gingen 1924-er Weinberge zu 400 bis 850 A. die 1000 Liter über, während für 1924-er Magwine von 850 bis 450 A. das Stück erzielt wurden. In Franken wurden für 1924-er von 65-120 A. die 100 Liter erzielt, in Baden von 50-75 A. die gleiche Menge. In Württemberg ist das Geschäft äußerst still und ruhig. An den Weinbergen kann bei der derzeitigen milden Witterung fortgesetzt noch gearbeitet werden. Der Weinmarkt ist fast in allen Weinbaugebieten aufgenommen und teilweise schon sehr umfangreich durchgeführt worden. Wegen einer Reihe von Weinversteigerungen, welche seitens einzelner Städte und sonstiger Korporationen in der letzten Zeit angesetzt wurden, wendet sich der allgemeine Weinhandel als einen unruhigen Konkurrenz, der mehrbetrieblige Weinhandel hat ein abwärtsgerichtet Schreiben an die Stadtverwaltung Dillfeldt gerichtet, in welchem er den Beschluß der Stadt-

verordnen, daß der Richter der Restaurationsbetriebe des zoologischen Gartens keine Weine aus der städtischen Kellerei zu beziehen habe, einer berechtigten Kritik unterliegt. Ebenso wird die Einrichtung einer Weinvermittlungsstelle bei der Konviktionskammer Wiesbaden im Zusammenhang mit dem Erwerb eines Weingutes in Eltville demgemäß befristet.

## Vom süddeutschen Eisenmarkt.

Die Situation am süddeutschen Eisenmarkt erwies sich in jüngster Zeit wesentlich ruhiger. Die Nachfrage ließ gerade neuerdings nach, was darauf hindeuten scheint, daß sich die Großhändler ausreichend mit Material für den Frühjahrbedarf eingedeckt haben. Immer noch kann man Stabstaben ab Oberhessen zu 135 A. je Tonne kaufen, es sollen sogar neuerdings schon Angebote zu 130 A. vorgelegt worden sein bei zum Teil verkäuflichen Lieferterminen. In größeren Kreisen liegt aber zur Zeit umso weniger Anlaß für die Großhändler vor, als man allmählich beginnt, die Aufträge für das Geschäft im Frühjahr weniger gut zu betreiben, nachdem überdies die Lager des Großhandels durchwegs auf mit Ware bedeckt sind. Das kommt, daß die neuerdings von Klein- und Großverbraucherseite an den Markt gestellten Anforderungen entschieden schwächer geworden sind. Das ist auch mit der Urkunde dafür anzusehen, daß sich die Großhändler gegenständig wegen Erlangung von Aufträgen scharfe Konkurrenz machen. Man hörte in diesen Tagen viele für Stabstaben, die sich schon wieder erheblich unter den von der „Süddeutschen Eisenzentrale“ festgesetzten Notierungen bewegten. Regelmäßig stellen sich die Vagerverkaufsprise in Mannheim-Karlruhe für Baumstämme auf 18 A. Stabstaben auf 18,50 A., warmgewaltes Bandstaben auf 23,50 A., für Grobbleche auf 21,50 A., für Mittelbleche auf 24 A., für Feinbleche von 4 bis unter 3 mm auf 28,50 A. und für diesel, unter 4 mm auf 30 A. für die 109 Kilo. Auf diese Preise gehen Klein- und Großverbraucher einen Rabatt von 10 Prozent, letztere konnten aber zum Teil Ware noch zu niedrigeren Ecken kaufen. Vom Verkauf wurden insbesondere Mengen besogen, weil bei der bisherigen milden Witterung die Nachfrage am Baumarkt immer noch im Gange war. Welchen Umfang der Bedarf des Bauwesens im kommenden Frühjahr haben wird, darüber gehen die Ansichten weit auseinander. Wichtig ist dabei, ob den westlichen Anwohnerbanken die Geldverhältnisse im Norden zugenommen haben, da diese zu hoch werden, daß ein Banken in großem Umfang kein Annehmen bietet. Die Automobilfabriken sind auf beschäftigt und fortan wird Bedarf am Markt. Aus bei den Maschinenfabriken liegen zum Teil abschließliche Bestellungen vor. Im allgemeinen aber denken die vielen dringlichen Händlerofferten darauf hin, daß von der weiteren Entwicklung des Geschäftes mit wenig Optimismus entgegenzusehen. Daran ist es auch juristisch, daß die Großhändler an Anbahnstellen bei den Werken nicht heranziehen und aus diesem Grund deren Auftragsbestand mehr und mehr aufzulockern. Es liegt auf der Hand, daß dieser Umstand auch seinen Einfluß auf den Markt in Altmaterial mehr und mehr geltend macht und die Tendenz auf diesem sich abzulesen abwärts. Man schies den Minderbedarf der Werke an Schrott gegenüber den Vorjahren auf etwa 35-38 Prozent, wodurch allein sich schon die rubrierte Nachfrage erheblich erklärt. Vergleicht man die derzeitigen Schrottpreise mit den höchsten Ecken des Vormonats, so ergibt sich ein Rückgang von rund 18 Prozent. Einigermassen besorgt war eigentlich nur noch Schmiedeleute.

## Die Herstellungskosten der russischen Industrie.

O. E. Moskwa, im Februar 1925. Bekanntlich ist die Sowjetregierung seit langem beabsichtigt, die un- verhältnismäßig hohen Herstellungskosten der russischen Industrie zu verringern. Die bisherigen Ergebnisse dieser Kampagne zeigen nach amtlichen Daten für das 4. Quartal 1923/24 und nach einigen vorläufigen Angaben auch für das 4. Quartal 1924/25 folgendes Bild.

Am ungünstigsten in Bezug auf Herstellungskosten war in der Betrachtungszeit die Steinkohlenindustrie Südrusslands gestellt. Die Steigerung der Arbeitslöhne bewirkte eine entsprechende Verteuerung der Förderung. Die Monatslöhne stiegen von 23,6 Rbl. im Oktober 1923 auf 39,52 Rbl. im September 1924, die Förderungskosten erhöhten sich in derselben Zeit von 16,5 Kop. pro Kub auf 21,88 Kop. Allerdings ist es nach Angaben des Kohlentrufts „Donugol“ gelungen, durch Verringerung der Arbeiterzahl, Mechanisierung der Förderung usw. die Förderungskosten im Oktober 1924 auf 18,6 Kop. und im November auf 17,9 Kop. herabzusetzen. Der Vorschlag sah eine Herabsetzung auf 17,9 Kop. vor.

Die Metallindustrie weist auch im 4. Quartal 1923/24 eine ständige Senkung der Herstellungskosten auf. Die Herstellungskosten von Gußeisen in den Saiten- (rühler Jukoma-) Metallwerken sanken im Oktober 1924 auf 0,96 Rbl. pro Kub gegenüber 1,12 Rbl. im Juni. Im Durchschnitt beträgt die Verringerung der Herstellungskosten 5 bis 6 Prozent. Im ganzen Wirtschaftsjahr 1923/24 sanken die Herstellungskosten von Gußeisen um 34 Prozent, von Metallstahl und Sorteneisen um 22 Prozent. Im 1. Quartal 1924/25 betragen die Herstellungskosten von Gußeisen durchschnittlich 0,82 Rbl. pro Kub. Witz hin ist eine weitere Senkung eingetreten.

Die leichte Industrie weist weitaus geringere Ergebnisse auf. Die Baumwollindustrie zeigt kein einheitliches Bild. Bei Gelpinsk schwankten 1923/24 die Herstellungskosten (pro Kub) wie folgt: 1. Quartal 49,57 Rbl., 2. Quartal 46,34 Rbl., 3. Quartal 45,08 Rbl., 4. Quartal 45,95 Rbl. Bei Nitka ergeben die Schwankungen noch ein weitaus fröhlicheres Bild (pro Kub): 1. Quartal 69,39 Rbl., 2. Quartal 72,68 Rbl., 3. Quartal 66,12 Rbl., 4. Quartal 68,53 Rbl. Die mithin festzustellende Steigerung der Herstellungskosten ist zurückzuführen auf: 1. die Vorkarbeiten zur Erweiterung der Produktion und die damit zusammenhängenden Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten, 2. Betriebsstörungen im Sommer, 3. verringerte Qualität der Arbeiter und 4. lange Arbeiterurlaube. Ferner haben sich auch die erforderlichen Rohstoffe verteuert. Trotz der Herabsetzung des Preises für russische Baumwolle von 25 auf 21,5 Rbl. pro Kub betrug 1923/24 der Rückgang der Herstellungskosten bei Gelpinsk nur 7,5 Prozent. Auch die Flachindustrie weist keine beherrschende Herabsetzung der Unkosten auf. Infolge der Verteuerung der Rohstoffe schwanken die bisherigen Ergebnisse zwischen 1,5 Prozent Verbilligung und 2 Prozent Erhöhung der Herstellungskosten. Günstiger war die Lage der Wolllindustrie. Infolge Rohstoffverbilligung konnten auch die Herstellungskosten beispielsweise beim Tuff „Molotno“ um 28 Prozent verringert werden. Bei Kammschiffen betrug diese Verringerung 24 Prozent. In der Lederindustrie war erst im 4. Quartal 1923/24 ein Rückgang der Herstellungskosten zu verzeichnen, und zwar durchschnittlich um 19 Prozent.

Schmieröl. Anwischen sind auch die Preise von den druckenden Importeuren heraufgehoben worden als Folge der bereits gemeldeten härteren Preissteigerung für Rohöl und Fertigfabrikate in Amerika, die wiederum durch einen gewissen Mangel an Rohöl und Rückgang der Vorräte an Fertigfabrikaten hervorgerufen wurde. Es ist wahrscheinlich, daß die Preise noch weiter anziehen werden. Denn penny-öl, Rohöl notierten wiederum 25 Cents höher und kosten jetzt 3,60 S. Mit der Entdeckung des Bedarfs für die nächsten Monate sollte deshalb nicht länger gewartet werden. Das Geschäft wird mit Rücksicht auf die geschützten Verhältnisse etwas lebhafter. Wir notieren für pennöl, Heißdampf-Zylinderöl, 5/6 h/100, Nip. 310-20, 68 Goldmark; amer. Heißdampf-Zylinderöl, Nip. 280/90, 45,50; amer. Satteldampf-Zylinderöl, Nip. 270/80, 44 --; amer. Maschinenöl, 81 - Raffinat, 5/6 h/100, 12 h/50, 58,50; 15 h/50, 57,50 Goldmark; 100 K. Reingewicht, einchl. Kok. verzoßt, ab Lager Hamburg, 4 Kiste u. Klemmer Aktiengesellschaft.)

| Telegraphische Anzeiger |         | 17. 2. 25 |                | 18. 2. 25 |          |
|-------------------------|---------|-----------|----------------|-----------|----------|
| New-York                | 5.19    | 5.19      | Deutschland    | 1.235     | 1.235    |
| London                  | 24.79   | 24.77     | Wien           | 73 1/2    | 73 1/2   |
| Paris                   | 27.15   | 27.10     | Budapest       | 75        | 75       |
| Brauel                  | 26.39   | 26.50     | Agram          | 8.50      | 8.50     |
| Italien                 | 25.77   | 21.37     | Sofia          | 2.77 1/2  | 2.77 1/2 |
| Madrid                  | 73.7    | 72.75     | Bukarest       | 8         | 8        |
| Holland                 | 208.7   | 208.7     | Warschau       | 100.00    | 100.00   |
| Stockholm               | 140 1/2 | 140.25    | Helsingfors    | 13.07     | 13.07    |
| Kristiania              | 79 1/2  | 79.25     | Konstantinopel | 2.75      | 2.75     |
| Kopenhagen              | 92.50   | 92.50     | Athen          | 8.40      | 8.40     |
| Prag                    | 15.35   | 15.45     | Buenos-Aires   | 2.66      | 2.66     |

Devisen- und Effektenmarkt.

Berliner Börse

Berlin, 18. Febr. (Zuspruch.) Schluß und Nachbörse. Im weiteren Verlauf stand die Börse im Zeichen allgemeiner leichter Erholung, die sich aber nur im Rahmen bis 1/2 Prozent auswirkte.

Der Schluß der Börse stand in einer weiteren starken Abwärtsbewegung, die ihren Anstoß vom Markt der heimischen Renten erhielt, der vollkommen abläute. Kriegsanleihe fiel auf 0,68, 3/4-prozentige Konjols auf 1,05, Schatzgelder auf 6 und 2er R-Schatzanweisungen auf 1,80.

Berlin, 18. Febr. (Zuspruch.) Devisen am Warenmarkt. London-Rebel 4,76%, Kuba Zürich 5,19%, London-Amsterdam 11,87%, London-Oslo 31,31%, London-Paris 89,95.

Frankfurt, 18. Febr. (Eigener Drahtbericht.) Die Stimmung an der heutigen Abendbörse war weiter schwach, auch die Umkehrfähigkeit war außerordentlich begrenzt.

Mannheim, 18. Febr. (Eigener Drahtbericht.) An der heutigen Börse herrschten bei unbedeutender Tendenz: Pfälz. Hypothekendarlehen 8,7, Rhein. Hypothekendarlehen 8,25.

Warenmarkt.

Produkte und Kolonialwaren.

Karlsruhe, 18. Februar. Produktmarkt. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Die Stimmung ist unruhig, das Geschäft klein. Der Weizen ist nichts zu wünschen übrig.

Karlsruhe, 18. Febr. Der getriebene Rohschmalzmarkt war reichlich befreit mit Mehl, Butter und Eiern. Im Handel zeigte sich das Interesse vor der Fülle des und die Hausfrau Butter und Eier zu ihrer Kostnachsfrage braucht.

Karlsruhe, 18. Febr. (Eigener Drahtbericht.) Kaffee- und Kakobörse. Butter 1,75-1,92 im Einkauf; Nachfrage kann befreit werden. Weichkäse, grün 0,42-0,45 RM, Zurückhaltung im Einkauf.

Preis lag gegen gestern um 6-9 sh höher, das Geschäft blieb jedoch allgemein ruhig. Neue Offerten, beziehungsweise Andienungen waren von drängen jedoch nicht gemeldet.

Der Schweinemarkt in Freiburg am 14. d. M. hatte einen Auftrieb von 51 Läufern und 300 Ferkeln. Verkauf wurden 40 Läufer und 280 Ferkel, und zwar erstere zum Preise von 60-100 M das Paar, letztere zu 30-56 M das Paar.

Karlsruhe, 18. Febr. Häute, Felle, Leder. Karlsruhe abgehaltene Häutenversteigerung ergab folgendes Resultat: Kalbfelle bis 9 Pfund 162,5 bis 168,75, über 9 Pfund 141,4-150,84.

Stuttgart, 18. Febr. (Eigener Drahtbericht.) Industrie- und Handelsbörse. Die Preise zogen wiederum an. Man notierte von Baumwollgarnen Nr. 20 engl. Trossel, Warp und Pincops 97-98 (letzte Börse 95-98).

Karlsruhe, 18. Februar. Produktmarkt. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Die Stimmung ist unruhig, das Geschäft klein. Der Weizen ist nichts zu wünschen übrig.

Karlsruhe, 18. Febr. Der getriebene Rohschmalzmarkt war reichlich befreit mit Mehl, Butter und Eiern. Im Handel zeigte sich das Interesse vor der Fülle des und die Hausfrau Butter und Eier zu ihrer Kostnachsfrage braucht.

Karlsruhe, 18. Febr. (Eigener Drahtbericht.) Kaffee- und Kakobörse. Butter 1,75-1,92 im Einkauf; Nachfrage kann befreit werden. Weichkäse, grün 0,42-0,45 RM, Zurückhaltung im Einkauf.

Uraufmeldungen.

Die Goldumstellung der Wirtschaftsgemeinschaft Hoechst-Köln-Neueisen.

In der gestrigen Urauflegung der Interessengemeinschaft Hoechst-Köln-Neueisen wurde beschlossen, den auf den 26. März einuberufenden G.V. die Umstellung des U.K. zum 1. Juni 1924 im Verhältnis von 10:6 unter Bildung einer Reserve von etwa 25 Prozent des zünftigen Goldkapitals vorzuschlagen.

Die Seidenbandwebereien auf dem Hohenwald, die seit etwa 40 Jahren der Bevölkerung dieses rauhen Berglandes Verdienstmöglichkeiten gaben, machen seit dem Kriege eine schwere Krise durch.

Die 10. Deutsche Messe ist auf Beschluß des Ausstellungsverbandes heute nachmittag 2 Uhr geschlossen worden. Das Geschäft war an allen Tagen reichlich flau.

In dem jetzt vorliegenden Bericht der Peters Union A.G. in Frankfurt a. M. über die RM-Eröffnungsbilanz per 1. Oktober 1924 wird der G.V. vorgeschlagen, das Stammkapital von 200 Mill. RM im Verhältnis von 33:1 auf 6 Mill. RM und die Vorzugsaktien von 10 Mill. RM auf 160 000 RM umzuwandeln.

Die Klosterverwaltung der Rentenmarkt-Eröffnungsbilanz erhebt erhebliche Veränderungen aus. Unter den Passiven sind die Schulden auf 3,4 Mill. Rentenmarkt gestiegen, während sie in der Eröffnungsbilanz mit 1,255 Mill. Rentenmarkt angegeben wurden.

Die Michaelsonen bezw. die Industrie- und Privatbank A.G. in Berlin hat durch Vermittlung der Deutschen Vereinsbank in Frankfurt a. M. 120 Mill. Papiermarktsaktien der Rheinlandbank A.G. in Worms-Biebrich a. Rh. ferner weitere 150 Mill. Papiermarktsaktien der Verwaltungsgesellschaft erworben.

Die Klosterverwaltung der Rentenmarkt-Eröffnungsbilanz erhebt erhebliche Veränderungen aus. Unter den Passiven sind die Schulden auf 3,4 Mill. Rentenmarkt gestiegen, während sie in der Eröffnungsbilanz mit 1,255 Mill. Rentenmarkt angegeben wurden.

